

**Beschluss des Landeshauptausschusses am
14. Juli 2012 in Walldorf**

Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung

Die verdachtsunabhängige und anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein unzulässiger Eingriff in die Menschenrechte.

Deswegen lehnt die FDP diese Maßnahme als unangemessen und im Widerspruch zu der Menschenrechts -Charta der Vereinten Nationen und unserem Grundgesetz stehend ab.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, dass die bestehende EU - Verordnung so geändert wird, dass diese den Ansprüchen der Menschenrechts - Charta der Vereinten Nationen und unserem Grundgesetz entspricht, denn wir wollen kein Europa der Überwachung, sondern ein freies und geeintes Europa in dem die Bürgerinnen und Bürger friedlich und vertrauensvoll miteinander leben können.